

# Indien im Bundestag

## Handlungsarme Erkenntnis

Theodor Rathgeber

**Immer mal wieder ist Indien Gegenstand einer Anfrage im Deutschen Bundestag. Allein in der jetzigen 19. Legislaturperiode bezogen sich sechs direkt auf Themen zu Indien, darunter Entwicklungszusammenarbeit, kritischer Journalismus über Sandabbau oder Visa-Vergabe. Im Mai und Juli dieses Jahres haben Bündnis 90/Die Grünen und die FDP kleine Anfragen.<sup>1</sup> Was daraus werden könnte, skizziert der Text.**

**A**ktuelle Bedeutung erhielten die beiden Anfragen durch die eher zufällig zustande gekommene Visite einiger Mitglieder des Bundestags-Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe vom 15.-20. September 2019 nach Indien. Zufällig deshalb, weil die ursprünglich nach China geplante Visite aufgrund der politischen Verweigerungshaltung der chinesischen Regierung in Sachen Dalai Lama und Muslimen platzte.

### Parlamentarische Anfragen ...

Ausgangspunkt der Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen sind die Parlamentswahlen, die erschwerte Arbeit nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie indischer Menschenrechtsverteidiger. Zitiert wird der Bericht des UN Generalsekretariats zur Vorlage beim UN Menschenrechtsrat 2018,<sup>2</sup> der sich kritisch mit der indischen Regierung befasst. Dortsind beispielhaft Repressalien gegen Menschenrechtsverteidiger/-innen allein wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen aufgeführt. Die Anfrage benennt unter anderem auch die Zunahme an Zahl und Intensität von Gewalt gegen religiöse Minderheiten, die Straflosigkeit (para-)militärischer Kräfte im Rahmen des Sondergesetzes *Armed Forces (Special Powers) Act, 1958* (AFSPA) und fragt jeweils nach dem Wissenstand und der politischen Bewertung durch die Bundesregierung.

Die Anfrage der FDP zur Menschenrechtslage listet eine Reihe konkreter Beispiele auf, die exemplarisch für die Verletzung von Menschenrechten einzelner Gruppen stehen: Journalist(inn)en, Kanalreiniger, Mitarbeiter/-innen von NGOs, die mit dem Entzug der FCRA-Registrierung (*Foreign Contribution (Regulation) Act, 2010*) bedroht oder bestraft wurden. Gefragt wurde unter anderem, inwiefern die Menschenrechtslage in Indien bei bilateralen Gesprächen, insbesondere den deutsch-indischen Regierungskonsultationen, eine Rolle spielte.

Übrigens haben sich die UN-Sonderberichterstatter zum Thema Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und zur Situation von Menschenrechtsverteidiger(inn)en – David Kaye, Clement Nyaletsossi Voulé und Michel Forst – im Dezember 2018 an die diplomatische Vertretung Indiens beim UN Menschenrechtsrat in Genf gewandt. Sie baten um Auskunft, welche Maßnahmen ergriffen worden seien, um sicherzustellen, dass Menschenrechtsverteidiger/-innen in Indien in der Lage sind, ihre legitime Arbeit in einem förderlichen Umfeld zu tun, ohne Angst vor administrativen und gerichtlichen Belästigungen jeglicher Art.<sup>5</sup>

### ... regierungsamtliche Antworten ...

Die Bundesregierung vermeidet in ihrer Antwort konkrete, kritische Aussagen oder zitiert moderate Äußerungen aus der Vergangenheit. Natürlich spielen

Menschenrechte in den politischen Beziehungen mit Indien eine Rolle. Interessant ist eher, dass anhand der Sachkenntnis ein umfassender Einblick in die innenpolitische Situation Indiens besteht.

### ... unterlassenes Regierungshandeln?

Einiges scheint allerdings zum aktuellen Botschafter Deutschlands in Indien, Walter Lindner, bei seinem Besuch in Nagpur nicht durchgedrungen zu sein (siehe Kommentar im Heft). Es irritiert, dass im Regierungshandeln der Bundesregierung nicht erkennbar ist, inwieweit die aktuellen Risiken für rechtsstaatliche Garantien in Indien, einschließlich des für die Wirtschaft so wichtigen Prinzips von Treu und Glauben, eine reale Rolle spielen.

### Zum Autor

Siehe Artikel auf Seite 26.

### Endnoten

<sup>1</sup> Bündnis 90/Die Grünen: *Lage der Zivilgesellschaft und der religiösen Minderheiten in Indien im Kontext der Parlamentswahlen 2019*, BT-Drucksache 19/10178 vom 15. Mai 2019 und Antwort der Bundesregierung in BT 19/10589; FDP: *Menschenrechtliche Situation in Indien*, BT-Drucksache 19/11618 vom 15.07.2019 und Antwort der Bundesregierung in 19/12074.

<sup>2</sup> Dokument A/HRC/39/41 vom 13. August 2018.

<sup>3</sup> <https://www.deccanherald.com/national/smear-campaign-against-amnesty-719547.html>.